

# Kann die Regierung die Rezession bekämpfen?



MICHAEL VON PROLLIUS\* • Februar 2009

**D**ie erste Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts nimmt Gestalt an. Die makroökonomischen Prognosen für 2009 bleiben düster: Schrumpfende Wirtschaftsleistung, wachsende Arbeitslosigkeit und eine nagende Ungewissheit über das Ausmass der Krise herrschen überall. Viele Menschen blicken derzeit auf die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, die in den USA aufgrund ihrer einzigartigen Länge und Tiefe als „Grosse Depression“ bezeichnet wird. Sie hoffen mit der Politik des „New Deal“ Lösungen für unsere aktuellen Probleme zu finden. Das ist in der Tat möglich, jedoch erst, wenn vorherrschende Trugschlüsse ausgeräumt sind.

Der gravierendste Irrtum dürfte der Glaube sein, der New Deal habe zur Überwindung der Grossen Depression beigetragen. Tatsächlich hat die Wirtschaftspolitik der Präsidenten Hoover und Roosevelt die ausserordentliche Tiefe und Länge der Wirtschaftskrise erst hervorgerufen. Im Mai 1939 erklärte US-Finanzminister Morgenthau: „Ich sage nach 8 Jahren dieser Regierung, wir haben genauso viel Arbeitslosigkeit wie zu Beginn... und enorme Schulden angehäuft.“

Antworten auf die Frage nach den Gründen liefert die ökonomische und historische Analyse „America's Great Depression“ von Murray N. Rothbard. Über 45 Jahre nach ihrem Erscheinen (Erstauflage 1963) gehört diese liberale Analyse zu dem Besten, was über die Weltwirtschaftskrise geschrieben wurde. Auf der Grundlage der österreichischen Geld- und Konjunkturtheorie entsteht folgendes Bild: Eine inflationäre Geldpolitik der US-Zentralbank Fed und immer weiter ausgreifende Regulierungen der Wirtschaft unter Präsident Hoover haben die Krise geschaffen und ihre Bereinigung verhindert. Heute als Rettungspakete titulierte Massnahmen reichten (auch) damals von Liquiditätshilfen über öffentliche Arbeiten und Investitionen bis zur Stabilisierung der Löhne und Einwanderungsbeschränkungen. Finanziert wurde die massiv ausgeweitete Staatstätigkeit durch massive Steuererhöhungen. Zum Schutz der heimischen Wirtschaft wurden in konsequenter interventionistischer Logik zudem Handelsbarrieren errichtet. Die Fortsetzung der Massnahmen unter Präsident Roosevelt verstetigte die Krise bis zum Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich war der New Deal dem Wesen nach selbst ein Kriegsprogramm wie Präsident Hoover im Mai 1931 erklärte.

---

\* Der Autor ist Ökonom und Mitbegründer von Forum Ordnungspolitik.

Kluge Einsichten bietet auch der Wirtschaftshistoriker und Senior Fellow des Independent Institute Robert Higgs. In „Depression, War, and Cold War“ zeigt Higgs, dass der New Deal eine ausserordentlich grosse Unsicherheit für Investoren schuf, die erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs endete. Eine bis dato unbekannte Flut von Gesetzen, Regulierungen und Gerichtsentscheidungen machte unternehmerische Aktivitäten unattraktiv. Zeitgenössische Meinungsumfragen enthalten eine unüberschaubare Zahl damaliger Äusserungen, die eine verbreitete Furcht unter Unternehmern vor Eingriffen bis hin zu einer Wirtschaftsdiktatur belegen. Erst nach dem Tod Roosevelts, dem Niedergang des New Deal und der Nachkriegsderegulierung wagten Investoren wieder ihr Geld zu investieren. Für die Investoren war der Alptraum des Staatsinterventionismus vorüber und für die Wirtschaft Prosperität möglich, so Robert Higgs.

Tatsächlich haben die wirtschaftspolitischen Massnahmen des New Deal die Wirtschaft nicht wie beabsichtigt stabilisiert, sondern zusammen mit der Kriegswirtschaft eine 15 Jahre währende wirtschaftsfeindliche Destabilisierung geschaffen. Der New Deal war eine Mixtur aus staatlichen Ausgaben und Kreditvergaben, Regulierungen und Besteuerungen sowie einer expansiven Geldpolitik, die Steven D. Levitt in der New York Times als Politik des „Identifiziere ein Problem und versuche es zu lösen“ beschrieben hat. Die unausweichliche Folge eines derartigen „Punktualismus“ ist eine Spirale immer neuer Probleme und vermeintlicher Lösungen. Den massgeblichen Wirtschaftspolitikern und Ökonomen fehlte auch damals das Verständnis für die Marktwirtschaft und die Interdependenz der Ordnungen.

Unverändert geht der zentrale Irrtum 70 Jahre später weiter. Muss die Regierung etwas zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit tun? Natürlich nicht! Auch in den USA sind die Ankurbelungsversuche reihenweise gescheitert. Die massiven Ausgabensteigerungen, sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, haben weder unter Hoover noch unter Roosevelt und erst recht nicht unter George W. Bush Erfolg gehabt. Eindringlich hat Daniel J. Mitchell in einem Video des Cato Institute den Trugschluss aufgedeckt, die Regierung könne Geld in die Wirtschaft pumpen und Arbeitsplätze schaffen, ohne dass sie das Geld zuerst der Wirtschaft abgenommen hat. Der Ankurbelungsmythos ist ein Taschenspielertrick: von der linken in die rechte Tasche. Was bleibt ist lediglich Umverteilung abzüglich der anfallenden bürokratischen Umverteilungskosten. Bei besonders grossen Summen ist nachweislich noch ein Korruptionsaufschlag zu entrichten. Der Kuchen wird also nicht grösser, sondern nur anders geschnitten, letztlich sogar kleiner. Einsichtig dürfte dies bei der Finanzierung durch Steuererhöhungen sein. Der vermeintlich clevere Ausweg über die Verschuldung verschiebt die Last, die dem Steuerzahler mit einem Konjunkturpaket aufgebürdet wird, lediglich ein wenig und ruft neue Krisen hervor.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Regierungsausgaben können keine Arbeitsplätze schaffen. Die Regierungstätigkeit und ihre Finanzierung über Steuern und Abgaben verdrängen lediglich private Ausgaben und Investitionen. Jeder

staatliche Arbeitsplatz vernichtet einen privaten. Jeder Euro, der von der öffentlichen Hand ausgegeben wird, muss erst durch die Besteuerung privater Hände eingesammelt werden. Wenn die Regierung eine Brücke für 10 Millionen Euro bauen lässt, fehlen diese 10 Millionen Euro für das gleiche oder ein anderes privates Projekt. Mit den Worten Ludwig Erhards – jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes. Und es hilft nichts, das private Geld öffentlich auszugeben, nur weil private Investoren in einer vermeintlich oder tatsächlich kritischen wirtschaftlichen Zeit selbst nicht bereit sind, diese Ausgabe zu tätigen. Die Tatsache, dass man Privatleuten das Geld entzieht, fördert weder das Investitions- noch das Konsumklima. Bemerkenswerterweise trug sich der grösste industrielle Kollaps der US-Geschichte erst im Jahr 1937 zu, also acht Jahre nach dem Börsencrash und im fünften Jahr des New Deal.

Es sollte uns eine Lehre sein, dass die Massnahmen der 30er Jahre das Gegenteil von dem erreicht haben, was ihre Urheber erklärermassen damit zu erreichen suchten. Dies gilt umso mehr als eine Reihe dieser Massnahmen auch auf der Agenda heutiger Spitzenpolitiker in der Welt stehen. Bereits bei Roosevelt lässt sich nachweisen, dass dieser mit seinen Programmen gezielt künftige Wähler bediente. Öffentliche Investitionsprogramme sollten schon allein deshalb nicht nach einem vermuteten Konjunkturimpuls, sondern nach ihrer spezifischen Produktivität beurteilt werden.

Übrigens prognostizierten die Keynesianer eine Nachkriegsrezession angesichts sinkender Staatsausgaben und der Rückkehr von Millionen Soldaten auf den Arbeitsmarkt. Das Gegenteil trat ein. Während die Staatsausgaben zurückgingen boomten privater Konsum und private Investitionen. Die Arbeitslosigkeit betrug, nachdem die Masse der Rückkehrer in der Wirtschaft einen Platz gefunden hatte, 1947 nur 4%. Ursache war keineswegs eine aufgestaute Liquidität, die nun für Konsumausgaben frei wurde. Schliesslich verändert diese die Gesamtbilanz der Banken nicht, das Bankguthaben wird lediglich vom Käufer zum Verkäufer verschoben. Vielmehr reduzierten die Menschen ihre Sparneigung. Und Unternehmen finanzierten ihre Aktivitäten durch den Verkauf von Staatsanleihen, signifikant sinkenden Steuern und über den Zugang zu Kapitalmärkten.

Neuere Untersuchungen bekräftigen die Auffassung von Murray N. Rothbard, dass ohne die Politik des New Deal die Reinigungskrise bis Mitte der 30er Jahre vorüber gewesen wäre. In Deutschland wäre dies auch der Fall gewesen – ohne die Machtübertragung an die Nationalsozialisten.

Tatsächlich kann die Regierung die Rezession bekämpfen. Sie braucht dazu nur zu den Mitteln zu greifen, die eine gute Wirtschaftspolitik auszeichnen: Langfristorientierung und Massnahmen, die für alle gleich gelten, statt einzelne Branchen zu begünstigen. Das bedeutet Steuern dauerhaft und kräftig senken, Deregulierung und Privatisierung – und Rückzug des Staates. Die Regierung muss nichts tun, sie muss etwas lassen: Die Regierung muss aufhören, Krisen zu schaffen, die sie anschliessend unter Schuldzuweisung an andere zu lösen vorgibt.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Seefeldstrasse 24  
8008 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter [www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2009, Liberales Institut.